Bundeskabinett verabschiedet Antikorruptionsgesetz

Ungenauigkeiten schaffen Rechtsunsicherheit

In der parlamentarischen Sommerpause hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen verabschiedet. Für Ärzte und Zahnärzte, Apotheker, Physiotherapeuten und Pflegekräfte gelten nun deutlich schärfere Regeln. Korruptes Verhalten kann mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden, in besonders schweren Fällen drohen sogar fünf Jahre Haft.

Der Gesetzentwurf enthält neben einem zusätzlichen Paragraphen im Strafgesetzbuch (StGB) Regelungsvorschläge zur Änderung des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V), durch die unter anderem ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch der Stellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen unter Einbeziehung der Staatsanwaltschaften etabliert werden soll.

Maas: Korruption untergräbt Vertrauen

Zur Notwendigkeit des Gesetzes heißt es aus dem Bundesjustizministerium: „Korruption im Gesundheitswesen beeinträchtigt den Wettbewerb, verteuert medizinische Leistungen und untergräbt das Vertrauen von Patienten in die Integrität heilberuflicher Entscheidungen.“ Dieses Gesetz soll das ändern.

Bundesjustizminister Heiko Maas zeigt sich in seiner Erklärung überzeugt: „Die weit überwiegende Mehrzahl der Ärzte sowie sonstiger Erbringer von Gesundheitsleistungen sind ehrlich und setzen sich täglich für das Wohl ihrer Patienten ein. Diese wollen wir schützen. Daher schaffen wir klare Regeln für strafbares Verhalten und geben so den Ermittlungsbehörden die Möglichkeit an die Hand, allein gegen die ‚schwarzen Schafe‘ im Markt einzuschreiten.“

FVDZ: Ungenauere Tatbestandsbeschreibung

„Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte distanziert sich von jeder Form der Korruption und Wirtschaftskriminalität“, erklärt der stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Michael Betz zur Verabschiedung des Gesetzentwurfes. Allerdings lehne der Bundesvorstand die geplante Erweiterung der Paragraphen 81a und 197a im SGB V ebenso wie die Einführung der Paragraphen 299a und 299b im StGB ab.

Betz kritisiert zudem, dass der Kabinettsentwurf zu vage und ungenau in der Tatbestandsbeschreibung bleibe und nicht deutlich mache, was unter Korruption im Gesundheitswesen zukünftig zu verstehen sei. Der FVDZ habe in den vergangenen Monaten in Gesprächen in den zuständigen Ministerien mehrfach daraufhingewiesen. Denn für den Berufsstand bedeute dies eine größere Rechtsunsicherheit.

Ein weiterer Kritikpunkt des FVDZ ist die geplante Beteiligung der Staatsanwaltschaften am verbindlichen Erfahrungsaustausch. Dadurch werde der Generalverdacht gegen die Heilberufe auf korruptes Verhalten verstärkt. Dass zukünftig auch vermutete Pflichtverletzungen so zu dokumentieren sind wie bereits nachgewiesene, entbehre jeder Verhältnismäßigkeit, betont Betz.

Antje Schmilgus